

Bestimmungen hat, wobei Herr Gehelmer Professor Adolf Wagner aus Berlin die Rede über „Deutschland als Weltmacht“ hielten.

Nächsten Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, findet ein öffentlicher Vortrag für junge Männer im Saale des Christlichen Vereins junger Männer (Johannisplatz Nr. 3) statt.

Während die vorige Sonntag-Abendunterhaltung des Vereins für Volkswohl einen Vortrag über die Jugendzeit untesr Kaiser's bot, wird sich der nächste Vortrag, der am 1. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Friedrichstraße 7, stattfinden, mit einem überaus wichtigen Gegenstande beschäftigen.

Der Dr. Friedrich, Privatdozent an der Universität, wird über die Wichtigkeit der Erde sprechen, und seinen Vortrag durch ein reiches Kartenmaterial erläutern. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge geminnt der Gegenstand noch besondere Bedeutung. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß diese Abendunterhaltungen, bei denen regelmäßig auch musikalische Genüsse geboten werden, für jedermann zugänglich sind.

Nach dem beim Verkehrs-Verein Leipzig (Bureau für kostenlose Kurkuren, Städtisches Kaufhaus, Kupfergasse) einengangsamen politischen Mitteilungen sind in der Woche vom 19. bis 25. Januar in dem Leipziger Hotel 201 Fremde angekommen, darunter 2001 Reichsdeutsche, 198 aus anderen europäischen Staaten und 20 aus außer-europäischen Ländern.

Die Künstlervereinigungen in dem Variété Ballenbergs erweisen sich eines sehr lebhaften Aufschwungs. Die Leistungen der einzelnen Spezialitäten sind aber auch ganz vorzüglich. Die Zusammenstellungen des gegenwärtigen Programms läßt nichts zu wünschen übrig.

In der Windmühlstraße kam ein 5jähriger Restaurateursohn aus der Karolinenstraße in unglücklich zu Falle, daß er wegen einer Verletzung am Kopfe eine Gehirn-erkrankung davontrug. In Streit gerieten in einer biederher Straße zwei Männer, wobei einer der Beteiligten, der 34 Jahre alte Wäcker Siegfried T., von seinem Gegner mit einem Bierglas darauf auf den Kopf geschlagen wurde, daß er eine erhebliche Verletzung davontrug.

Die Verletzung fanden Aufnahme im Städtischen Krankenhaus, wo er demnächst in L.-Anger-Crematorium, Weissenburger Straße 10, beigesetzt, und 8 Köpfe bestehende Stempelfamilie R., indem zu gleicher Zeit die Mutter und 4 Kinder an Typhus erkrankten. Während die Mutter Aufnahmen im Krankenhaus St. Jakob fand, wurden die Kinder dem Kinderkrankenhaus zugewiesen.

Grundbesitz, 29. Januar. Aus Anlaß der bevorstehenden Bahnhofsarbeiten sind eine größere Anzahl Brückenbauten von der Stadt Leipzig auszuführen. Der Leipziger Rat ist nun der Ansicht, daß an diesen Bauten auch die hiesige Gemeinde interessiert sei.

Die hiesige Gemeinderat konnte eine Verpflichtung zur Bezahlung von Kosten für Brückenbauten im Stadtgebiet nicht anerkennen und lehnte deshalb eine Beitragszahlung ab. In die Generaldirektion der Egl. Sächsischen Staatsbahnen ist eine Eingabe gerichtet worden, in der darum gebeten wird, bei der beschriebenen Tarifreform die Remont- und Nebenarten zum bisherigen Preise beizubehalten.

Wahlstatistik, 29. Januar. Aus dem Verwaltungsbericht der hiesigen Gemeinde aus dem Jahr 1902 ist folgendes hervorzuholen: Der Gemeinderat hielt 22 Sitzungen ab gegen 1890 zu vergleichen gegen 1408. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900. Die Einwohnerzahl betrug Ende 1902 2093 gegen Ende 1901 und 1970 zur Volkszählung im Jahre 1900.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 29. Januar. (Telegramm.)

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Bergnügungen.

Stadt-Theater. Neues Theater. Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Oper: „Wagnon“. Operette: „Die drei Schwestern“. Schauspiel: „Die drei Schwestern“.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 29. Januar. (Telegramm.)

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Die als erster Punkt der heutigen Tagesordnung festgesetzte Präsidentenwahl hatte auf die Tribünenbesucher eine sehr große Anziehungskraft ausgeübt. Schon gestern waren aus dem Bureau des Reichstages Nachrichten gekommen, welche besagten, daß es keine Einigkeit mehr gebe; es sei alles verfallen. Und an dem Schalter, wo die Willensäußerung stattfand, erschien denn auch alsbald eine gedruckte Mitteilung, welche obige Meldung der großen Menge der Einlaß Bescheidend verkündete.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski: Wir wüßten...

ein ausnahmsloses Verbot der Verwendung von welchem und gelbem Phosphor bei der Herstellung von Zündhütchen erlassen, da sonst nicht verhindert werden konnte, daß in der Handarbeit doch Phosphor verwendet würde. Gerade in der Handarbeit ist die Herstellung solcher Zündhütchen am allergeringsten zu befürchten, da hier die Arbeiterräume meist am gleichmäßigsten belüftet und abgezogen sind. Es war ihm wichtig, mit einem solchen Verbot vorzugehen, da bisher die Herstellung von Zündhütchen unzulässig ist, da an jeder Stelle hergestellt werden konnten. Es sollte eine entsprechende Hindernisse und das schwebliche Phosphor ist sehr selten. Wir haben jetzt einen Vertrag mit einem Unternehmer geschlossen, der ein Patent auf eine Hindernisse erworben hat, welche keinen weichen Phosphor enthält und deren Fabrikation seine Explosionsgefahr mit sich bringt. Wir werden dieses Patent denjenigen Zündhütchenfabrikanten, die bisher mit Phosphor gearbeitet haben, zur Verfügung stellen. Von Seiten der Gegner des Gesetzeswurde hat man behauptet, daß die Gefahr abzuwenden worden sei, aber es ist festgestellt worden, daß Arbeiter, die schon längst die Fabrikation von Phosphorzündhütchen aufgegeben haben, noch nach Jahren an der Phosphorneurose erkrankten sind. Den Fabrikanten die ihren Betrieb ändern müssen, wird eine gewisse Frist gewährt werden, nämlich bis zum 1. Januar 1907. Eine Gewährung von Entschädigungen an diese Fabrikanten erscheint nicht gerechtfertigt. Sie würde auch niemals gewährt, wenn Beschränkungen im Gewerbebetriebe zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit eingeführt werden.

Abg. Dr. Endemann (natl.) beantragt die Ueberweisung des Gesetzesentwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern, da doch noch manche interessante Punkte näher zu erörtern wären.

Vizepräsident Bülow: Ich muß die Verhandlungen auf einen Augenblick unterbrechen. Ich sehe, daß der Abg. Graf v. Posadowski im Hause angekommen ist und frage ihn, ob er die auf ihn anfallende Wahl annehmen will.

Abg. Graf v. Posadowski (Centr.): Meine Herren, Sie haben mich bei Beginn dieser Sitzung wieder mit einer sehr großen Majorität zum Präsidenten dieses Hauses gewählt und mir damit Ihre unveränderte Vertrauen in der Weisheit dokumentiert. Ich spreche Ihnen dafür meinen tiefgefühltesten Dank aus und nehme, auf dieses Vertrauen gestützt, das mir von Ihnen übertragenen Amt wieder an. (Beifall.)

Abg. Müller-Weinigen (fr. Volksp.): Diese jede Entschädigung die Sache machen wollen, heißt das Amt mit dem Bate ausfüllen. Es darf nicht vergessen werden, daß man 1884 und 1893 die Fabrikation zu großen Aufwendungen veranlaßt hat, um die Fabrikation weniger gefährlich zu machen. Keiner von diesen Fabrikanten hätte daran gedacht, solche Aufwendungen zu machen, wenn man ihm gesagt hätte, daß schon nach 10 Jahren der Betrieb gänzlich verboten werden würde. In welcher Höhe eine Entschädigung zu gewähren wäre, ist eine andere Frage. Durch die schroffe Art des Verbotes ohne jede Entschädigung macht man es doch den armen Leuten, der bismarckian Bevölkerung nicht zu Danke. Das begriffe ich namentlich nicht von einer Partei, die das Interesse der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat. Dem Vertreter der Meiniger Regierung möchte ich anheimgeben, ob die Regierung nicht vielleicht einen gewissenhaften Betrieb zur Deckung des Reichsbeitrages im Leben lassen kann. Auch die Nebenbetriebe, die Schachtmacher usw., müssen ja danach von der Bittsüßigkeit verschwinden, und es muß rechtzeitig für die Zuweisung einer anderen Arbeit gesorgt werden. Der Staatssekretär und die Geheimräte können da sehr wenig helfen. Aber wenn Sie Ihre dortigen Kollegen von der Eisenbahnverwaltung interessieren wollten für diese Thüringer Beziehe, wenn nur zwei kleine Eisenbahnen dahin gebaut würden, dann wäre der ganze Not und dem ganzen Geld dort abgeholfen. Mit der Kommissionberatung den ich einverstanden.

Abg. Lehner (Centr.): Ich kann mich dem Wunsche nach einer Kommissionberatung nur anschließen. Man muß einmüthig übereinstimmen, daß schon jetzt das Ermittelte für den weißen Phosphor gefunden sein soll, daß nach den Erfahrungen der Regierung im vorigen Jahre durchaus nicht selbst in Aussicht stand. Auch die Entschädigungsfrage wird einer eingehenden Prüfung in der Kommission bedürfen, bezuglichen die vorgelegene Interzesse. Ich muß jedoch, daß man im gesamtstaatlichen Interesse der Bevölkerung nicht zu übereig vorgehen darf; die vollständige Sicherung eines Betriebes muß aber doch immer erzwungen werden, ob es nicht ein Verbot des Rechtes oder der Billigkeit ist, wenn davon Betroffene einen Ersatz zu gewöhnen, namentlich wenn sie wesentliche Aufwendungen gemacht haben, um den zur Beseitigung der Erhaltung erlassenen Verordnungen nachzukommen. In dem vorliegenden Fall handelt es sich vorwiegend um kleinere Betriebe und um arme Waldgegenden; daher ist eine sorgfältige Prüfung der Ertragfrage um so notwendiger.

Abg. Bismarck (Centr.): Auch wir sind mit der Kommissionberatung einverstanden, weil wie die technische Frage dort unter Beziehung von Sachverständigen erörtern müssen. Wir hoffen aber, daß die von der Regierung gemachte Mitteilung über die Verweirlichkeit des neuen Zündhütches sich voll bestätigen werde. Wir haben seit 10 Jahren ein solches Verbot verlangt. Wir haben auf dem Standpunkte, daß Industriellen, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden, verboten werden müssen ohne jede Rücksicht auf unentrichtete Schädigung, die dadurch etwa eintreten könnte. Die Phosphorneurose, diese schreckliche Krankheit, tritt nicht bloß ein bei denen, die angezündlich mit welchem Phosphor umgehen, sondern sie tritt auch nach Jahren noch ein, wenn der Arbeiter vielleicht sich bereits längst einem anderen Gewerbe zugewandt hat. Die amtliche Statistik gibt uns einen Teil der Erkrankungsfälle; ein größerer Teil der Fälle entzieht sich ihr. Da muß die Verlegung energisch eintreten. Das Vergehen der Regierung bezüglich der neuen Zündhütche ist sehr anerkennenswert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung auch auf anderen Gebieten zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter so vorgehen wie hier. Es fragt sich nun natürlich, und damit wird über die Vorlage entschieden, ob das neue Mittel ein brauchbares ist. Wir erwarten, daß und in der Kommission für die Brauchbarkeit der Beweis durch praktische Experimente geführt wird. Was soll ferner mit den Arbeitern geschehen, welche handwerklich mit der Zündhütchenfabrikation beschäftigt sind? Es ist ein schwerliches Bild, das eine solche geänderte Beschäftigung durch die Umstände zu einer Instabilität getrieben, die Leben und Gesundheit vollends zerstört. Die Phosphorneurose greift den Lasterleber und die Niere; die jungen Leute sind in kurzer Zeit für die ganze Arbeit unfähig. Mühsal der Regierung wäre es, diesen Leuten auch eine andere Arbeitgelegenheit zu verschaffen. Und gerade der Reuigkeit bietet eine Gelegenheit dazu, mit Hilfe von Staatszuschüssen eine neue Arbeit zu organisieren, wodurch zugleich die Arbeit an den kleinen Wohnräumen heranzuführen und auf einer größeren wirtschaftlichen Grundlage mit Jubiläumnahme von Maschinen weiter geführt wird. Eine Entschädigung aber für die Fabrikanten und auch für die Arbeiter zu gewähren, wüßten wir prinzipiell ablehnen. Wodurch soll es geschehen, wenn wir hier als Grundlag aufstellen, daß derjenige, welcher eine gesundheitsgefährliche Arbeit betreibt, auch entschädigt werden soll dafür, daß er so gut ist, den Betrieb

Abg. Müller-Weinigen (fr. Volksp.): Diese jede Entschädigung die Sache machen wollen, heißt das Amt mit dem Bate ausfüllen. Es darf nicht vergessen werden, daß man 1884 und 1893 die Fabrikation zu großen Aufwendungen veranlaßt hat, um die Fabrikation weniger gefährlich zu machen. Keiner von diesen Fabrikanten hätte daran gedacht, solche Aufwendungen zu machen, wenn man ihm gesagt hätte, daß schon nach 10 Jahren der Betrieb gänzlich verboten werden würde. In welcher Höhe eine Entschädigung zu gewähren wäre, ist eine andere Frage. Durch die schroffe Art des Verbotes ohne jede Entschädigung macht man es doch den armen Leuten, der bismarckian Bevölkerung nicht zu Danke. Das begriffe ich namentlich nicht von einer Partei, die das Interesse der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat. Dem Vertreter der Meiniger Regierung möchte ich anheimgeben, ob die Regierung nicht vielleicht einen gewissenhaften Betrieb zur Deckung des Reichsbeitrages im Leben lassen kann. Auch die Nebenbetriebe, die Schachtmacher usw., müssen ja danach von der Bittsüßigkeit verschwinden, und es muß rechtzeitig für die Zuweisung einer anderen Arbeit gesorgt werden. Der Staatssekretär und die Geheimräte können da sehr wenig helfen. Aber wenn Sie Ihre dortigen Kollegen von der Eisenbahnverwaltung interessieren wollten für diese Thüringer Beziehe, wenn nur zwei kleine Eisenbahnen dahin gebaut würden, dann wäre der ganze Not und dem ganzen Geld dort abgeholfen. Mit der Kommissionberatung den ich einverstanden.

Abg. Lehner (Centr.): Ich kann mich dem Wunsche nach einer Kommissionberatung nur anschließen. Man muß einmüthig übereinstimmen, daß schon jetzt das Ermittelte für den weißen Phosphor gefunden sein soll, daß nach den Erfahrungen der Regierung im vorigen Jahre durchaus nicht selbst in Aussicht stand. Auch die Entschädigungsfrage wird einer eingehenden Prüfung in der Kommission bedürfen, bezuglichen die vorgelegene Interzesse. Ich muß jedoch, daß man im gesamtstaatlichen Interesse der Bevölkerung nicht zu übereig vorgehen darf; die vollständige Sicherung eines Betriebes muß aber doch immer erzwungen werden, ob es nicht ein Verbot des Rechtes oder der Billigkeit ist, wenn davon Betroffene einen Ersatz zu gewöhnen, namentlich wenn sie wesentliche Aufwendungen gemacht haben, um den zur Beseitigung der Erhaltung erlassenen Verordnungen nachzukommen. In dem vorliegenden Fall handelt es sich vorwiegend um kleinere Betriebe und um arme Waldgegenden; daher ist eine sorgfältige Prüfung der Ertragfrage um so notwendiger.

Abg. Bismarck (Centr.): Auch wir sind mit der Kommissionberatung einverstanden, weil wie die technische Frage dort unter Beziehung von Sachverständigen erörtern müssen. Wir hoffen aber, daß die von der Regierung gemachte Mitteilung über die Verweirlichkeit des neuen Zündhütches sich voll bestätigen werde. Wir haben seit 10 Jahren ein solches Verbot verlangt. Wir haben auf dem Standpunkte, daß Industriellen, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden, verboten werden müssen ohne jede Rücksicht auf unentrichtete Schädigung, die dadurch etwa eintreten könnte. Die Phosphorneurose, diese schreckliche Krankheit, tritt nicht bloß ein bei denen, die angezündlich mit welchem Phosphor umgehen, sondern sie tritt auch nach Jahren noch ein, wenn der Arbeiter vielleicht sich bereits längst einem anderen Gewerbe zugewandt hat. Die amtliche Statistik gibt uns einen Teil der Erkrankungsfälle; ein größerer Teil der Fälle entzieht sich ihr. Da muß die Verlegung energisch eintreten. Das Vergehen der Regierung bezüglich der neuen Zündhütche ist sehr anerkennenswert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung auch auf anderen Gebieten zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter so vorgehen wie hier. Es fragt sich nun natürlich, und damit wird über die Vorlage entschieden, ob das neue Mittel ein brauchbares ist. Wir erwarten, daß und in der Kommission für die Brauchbarkeit der Beweis durch praktische Experimente geführt wird. Was soll ferner mit den Arbeitern geschehen, welche handwerklich mit der Zündhütchenfabrikation beschäftigt sind? Es ist ein schwerliches Bild, das eine solche geänderte Beschäftigung durch die Umstände zu einer Instabilität getrieben, die Leben und Gesundheit vollends zerstört. Die Phosphorneurose greift den Lasterleber und die Niere; die jungen Leute sind in kurzer Zeit für die ganze Arbeit unfähig. Mühsal der Regierung wäre es, diesen Leuten auch eine andere Arbeitgelegenheit zu verschaffen. Und gerade der Reuigkeit bietet eine Gelegenheit dazu, mit Hilfe von Staatszuschüssen eine neue Arbeit zu organisieren, wodurch zugleich die Arbeit an den kleinen Wohnräumen heranzuführen und auf einer größeren wirtschaftlichen Grundlage mit Jubiläumnahme von Maschinen weiter geführt wird. Eine Entschädigung aber für die Fabrikanten und auch für die Arbeiter zu gewähren, wüßten wir prinzipiell ablehnen. Wodurch soll es geschehen, wenn wir hier als Grundlag aufstellen, daß derjenige, welcher eine gesundheitsgefährliche Arbeit betreibt, auch entschädigt werden soll dafür, daß er so gut ist, den Betrieb

Abg. Müller-Weinigen (fr. Volksp.): Diese jede Entschädigung die Sache machen wollen, heißt das Amt mit dem Bate ausfüllen. Es darf nicht vergessen werden, daß man 1884 und 1893 die Fabrikation zu großen Aufwendungen veranlaßt hat, um die Fabrikation weniger gefährlich zu machen. Keiner von diesen Fabrikanten hätte daran gedacht, solche Aufwendungen zu machen, wenn man ihm gesagt hätte, daß schon nach 10 Jahren der Betrieb gänzlich verboten werden würde. In welcher Höhe eine Entschädigung zu gewähren wäre, ist eine andere Frage. Durch die schroffe Art des Verbotes ohne jede Entschädigung macht man es doch den armen Leuten, der bismarckian Bevölkerung nicht zu Danke. Das begriffe ich namentlich nicht von einer Partei, die das Interesse der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat. Dem Vertreter der Meiniger Regierung möchte ich anheimgeben, ob die Regierung nicht vielleicht einen gewissenhaften Betrieb zur Deckung des Reichsbeitrages im Leben lassen kann. Auch die Nebenbetriebe, die Schachtmacher usw., müssen ja danach von der Bittsüßigkeit verschwinden, und es muß rechtzeitig für die Zuweisung einer anderen Arbeit gesorgt werden. Der Staatssekretär und die Geheimräte können da sehr wenig helfen. Aber wenn Sie Ihre dortigen Kollegen von der Eisenbahnverwaltung interessieren wollten für diese Thüringer Beziehe, wenn nur zwei kleine Eisenbahnen dahin gebaut würden, dann wäre der ganze Not und dem ganzen Geld dort abgeholfen. Mit der Kommissionberatung den ich einverstanden.

Abg. Lehner (Centr.): Ich kann mich dem Wunsche nach einer Kommissionberatung nur anschließen. Man muß einmüthig übereinstimmen, daß schon jetzt das Ermittelte für den weißen Phosphor gefunden sein soll, daß nach den Erfahrungen der Regierung im vorigen Jahre durchaus nicht selbst in Aussicht stand. Auch die Entschädigungsfrage wird einer eingehenden Prüfung in der Kommission bedürfen, bezuglichen die vorgelegene Interzesse. Ich muß jedoch, daß man im gesamtstaatlichen Interesse der Bevölkerung nicht zu übereig vorgehen darf; die vollständige Sicherung eines Betriebes muß aber doch immer erzwungen werden, ob es nicht ein Verbot des Rechtes oder der Billigkeit ist, wenn davon Betroffene einen Ersatz zu gewöhnen, namentlich wenn sie wesentliche Aufwendungen gemacht haben, um den zur Beseitigung der Erhaltung erlassenen Verordnungen nachzukommen. In dem vorliegenden Fall handelt es sich vorwiegend um kleinere Betriebe und um arme Waldgegenden; daher ist eine sorgfältige Prüfung der Ertragfrage um so notwendiger.

Abg. Bismarck (Centr.): Auch wir sind mit der Kommissionberatung einverstanden, weil wie die technische Frage dort unter Beziehung von Sachverständigen erörtern müssen. Wir hoffen aber, daß die von der Regierung gemachte Mitteilung über die Verweirlichkeit des neuen Zündhütches sich voll bestätigen werde. Wir haben seit 10 Jahren ein solches Verbot verlangt. Wir haben auf dem Standpunkte, daß Industriellen, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden, verboten werden müssen ohne jede Rücksicht auf unentrichtete Schädigung, die dadurch etwa eintreten könnte. Die Phosphorneurose, diese schreckliche Krankheit, tritt nicht bloß ein bei denen, die angezündlich mit welchem Phosphor umgehen, sondern sie tritt auch nach Jahren noch ein, wenn der Arbeiter vielleicht sich bereits längst einem anderen Gewerbe zugewandt hat. Die amtliche Statistik gibt uns einen Teil der Erkrankungsfälle; ein größerer Teil der Fälle entzieht sich ihr. Da muß die Verlegung energisch eintreten. Das Vergehen der Regierung bezüglich der neuen Zündhütche ist sehr anerkennenswert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung auch auf anderen Gebieten zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter so vorgehen wie hier. Es fragt sich nun natürlich, und damit wird über die Vorlage entschieden, ob das neue Mittel ein brauchbares ist. Wir erwarten, daß und in der Kommission für die Brauchbarkeit der Beweis durch praktische Experimente geführt wird. Was soll ferner mit den Arbeitern geschehen, welche handwerklich mit der Zündhütchenfabrikation beschäftigt sind? Es ist ein schwerliches Bild, das eine solche geänderte Beschäftigung durch die Umstände zu einer Instabilität getrieben, die Leben und Gesundheit vollends zerstört. Die Phosphorneurose greift den Lasterleber und die Niere; die jungen Leute sind in kurzer Zeit für die ganze Arbeit unfähig. Mühsal der Regierung wäre es, diesen Leuten auch eine andere Arbeitgelegenheit zu verschaffen. Und gerade der Reuigkeit bietet eine Gelegenheit dazu, mit Hilfe von Staatszuschüssen eine neue Arbeit zu organisieren, wodurch zugleich die Arbeit an den kleinen Wohnräumen heranzuführen und auf einer größeren wirtschaftlichen Grundlage mit Jubiläumnahme von Maschinen weiter geführt wird. Eine Entschädigung aber für die Fabrikanten und auch für die Arbeiter zu gewähren, wüßten wir prinzipiell ablehnen. Wodurch soll es geschehen, wenn wir hier als Grundlag aufstellen, daß derjenige, welcher eine gesundheitsgefährliche Arbeit betreibt, auch entschädigt werden soll dafür, daß er so gut ist, den Betrieb

Abg. Müller-Weinigen (fr. Volksp.): Diese jede Entschädigung die Sache machen wollen, heißt das Amt mit dem Bate ausfüllen. Es darf nicht vergessen werden, daß man 1884 und 1893 die Fabrikation zu großen Aufwendungen veranlaßt hat, um die Fabrikation weniger gefährlich zu machen. Keiner von diesen Fabrikanten hätte daran gedacht, solche Aufwendungen zu machen, wenn man ihm gesagt hätte, daß schon nach 10 Jahren der Betrieb gänzlich verboten werden würde. In welcher Höhe eine Entschädigung zu gewähren wäre, ist eine andere Frage. Durch die schroffe Art des Verbotes ohne jede Entschädigung macht man es doch den armen Leuten, der bismarckian Bevölkerung nicht zu Danke. Das begriffe ich namentlich nicht von einer Partei, die das Interesse der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat. Dem Vertreter der Meiniger Regierung möchte ich anheimgeben, ob die Regierung nicht vielleicht einen gewissenhaften Betrieb zur Deckung des Reichsbeitrages im Leben lassen kann. Auch die Nebenbetriebe, die Schachtmacher usw., müssen ja danach von der Bittsüßigkeit verschwinden, und es muß rechtzeitig für die Zuweisung einer anderen Arbeit gesorgt werden. Der Staatssekretär und die Geheimräte können da sehr wenig helfen. Aber wenn Sie Ihre dortigen Kollegen von der Eisenbahnverwaltung interessieren wollten für diese Thüringer Beziehe, wenn nur zwei kleine Eisenbahnen dahin gebaut würden, dann wäre der ganze Not und dem ganzen Geld dort abgeholfen. Mit der Kommissionberatung den ich einverstanden.

Abg. Lehner (Centr.): Ich kann mich dem Wunsche nach einer Kommissionberatung nur anschließen. Man muß einmüthig übereinstimmen, daß schon jetzt das Ermittelte für den weißen Phosphor gefunden sein soll, daß nach den Erfahrungen der Regierung im vorigen Jahre durchaus nicht selbst in Aussicht stand. Auch die Entschädigungsfrage wird einer eingehenden Prüfung in der Kommission bedürfen, bezuglichen die vorgelegene Interzesse. Ich muß jedoch, daß man im gesamtstaatlichen Interesse der Bevölkerung nicht zu übereig vorgehen darf; die vollständige Sicherung eines Betriebes muß aber doch immer erzwungen werden, ob es nicht ein Verbot des Rechtes oder der Billigkeit ist, wenn davon Betroffene einen Ersatz zu gewöhnen, namentlich wenn sie wesentliche Aufwendungen gemacht haben, um den zur Beseitigung der Erhaltung erlassenen Verordnungen nachzukommen. In dem vorliegenden Fall handelt es sich vorwiegend um kleinere Betriebe und um arme Waldgegenden; daher ist eine sorgfältige Prüfung der Ertragfrage um so notwendiger.

Abg. Bismarck (Centr.): Auch wir sind mit der Kommissionberatung einverstanden, weil wie die technische Frage dort unter Beziehung von Sachverständigen erörtern müssen. Wir hoffen aber, daß die von der Regierung gemachte Mitteilung über die Verweirlichkeit des neuen Zündhütches sich voll bestätigen werde. Wir haben seit 10 Jahren ein solches Verbot verlangt. Wir haben auf dem Standpunkte, daß Industriellen, welche Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden, verboten werden müssen ohne jede Rücksicht auf unentrichtete Schädigung, die dadurch etwa eintreten könnte. Die Phosphorneurose, diese schreckliche Krankheit, tritt nicht bloß ein bei denen, die angezündlich mit welchem Phosphor umgehen, sondern sie tritt auch nach Jahren noch ein, wenn der Arbeiter vielleicht sich bereits längst einem anderen Gewerbe zugewandt hat. Die amtliche Statistik gibt uns einen Teil der Erkrankungsfälle; ein größerer Teil der Fälle entzieht sich ihr. Da muß die Verlegung energisch eintreten. Das Vergehen der Regierung bezüglich der neuen Zündhütche ist sehr anerkennenswert. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Regierung auch auf anderen Gebieten zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter so vorgehen wie hier. Es fragt sich nun natürlich, und damit wird über die Vorlage entschieden, ob das neue Mittel ein brauchbares ist. Wir erwarten, daß und in der Kommission für die Brauchbarkeit der Beweis durch praktische Experimente geführt wird. Was soll ferner mit den Arbeitern geschehen, welche handwerklich mit der Zündhütchenfabrikation beschäftigt sind? Es ist ein schwerliches Bild, das eine solche geänderte Beschäftigung durch die Umstände zu einer Instabilität getrieben, die Leben und Gesundheit vollends zerstört. Die Phosphorneurose greift den Lasterleber und die Niere; die jungen Leute sind in kurzer Zeit für die ganze Arbeit unfähig. Mühsal der Regierung wäre es, diesen Leuten auch eine andere Arbeitgelegenheit zu verschaffen. Und gerade der Reuigkeit bietet eine Gelegenheit dazu, mit Hilfe von Staatszuschüssen eine neue Arbeit zu organisieren, wodurch zugleich die Arbeit an den kleinen Wohnräumen heranzuführen und auf einer größeren wirtschaftlichen Grundlage mit Jubiläumnahme von Maschinen weiter geführt wird. Eine Entschädigung aber für die Fabrikanten und auch für die Arbeiter zu gewähren, wüßten wir prinzipiell ablehnen. Wodurch soll es geschehen, wenn wir hier als Grundlag aufstellen, daß derjenige, welcher eine gesundheitsgefährliche Arbeit betreibt, auch entschädigt werden soll dafür, daß er so gut ist, den Betrieb

Abg. Müller-Weinigen (fr. Volksp.): Diese jede Entschädigung die Sache machen wollen, heißt das Amt mit dem Bate ausfüllen. Es darf nicht vergessen werden, daß man 1884 und 1893 die Fabrikation zu großen Aufwendungen veranlaßt hat, um die Fabrikation weniger gefährlich zu machen. Keiner von diesen Fabrikanten hätte daran gedacht, solche Aufwendungen zu machen, wenn man ihm gesagt hätte, daß schon nach 10 Jahren der Betrieb gänzlich verboten werden würde. In welcher Höhe eine Entschädigung zu gewähren wäre, ist eine andere Frage. Durch die schroffe Art des Verbotes ohne jede Entschädigung macht man es doch den armen Leuten, der bismarckian Bevölkerung nicht zu Danke. Das begriffe ich namentlich nicht von einer Partei, die das Interesse der Arbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat. Dem Vertreter der Meiniger Regierung möchte ich anheimgeben, ob die Regierung nicht vielleicht einen gewissenhaften Betrieb zur Deckung des Reichsbeitrages im Leben lassen kann. Auch die Nebenbetriebe, die Schachtmacher usw., müssen ja danach von der Bittsüßigkeit verschwinden, und es muß rechtzeitig für die Zuweisung einer anderen Arbeit gesorgt werden. Der Staatssekretär und die Geheimräte können da sehr wenig helfen. Aber wenn Sie Ihre dortigen Kollegen von der Eisenbahnverwaltung interessieren wollten für diese Thüringer Beziehe, wenn nur zwei kleine Eisenbahnen dahin gebaut würden, dann wäre der ganze Not und dem ganzen Geld dort abgeholfen. Mit der Kommissionberatung den ich einverstanden.

Abg. Lehner (Centr.): Ich kann mich dem Wunsche nach einer Kommissionberatung nur anschließen. Man muß einmüthig übereinstimmen, daß schon jetzt das Ermittelte für den weißen Phosphor gefunden sein soll, daß nach den Erfahrungen der Regierung im vorigen Jahre durchaus nicht selbst in Aussicht stand. Auch die Entschädigungsfrage wird einer eingehenden Prüfung in der Kommission bedürfen, bezuglichen die vorgelegene Interzesse. Ich muß jedoch, daß man im gesamtstaatlichen Interesse der Bevölkerung nicht zu übereig vorgehen darf; die vollständige Sicherung eines Betriebes muß aber doch immer erzwungen werden, ob es nicht ein Verbot des Rechtes oder der Billigkeit ist, wenn davon Betroffene einen Ersatz zu gewöhnen, namentlich wenn sie wesentliche Aufwendungen gemacht haben, um den zur Beseitigung der Erhaltung erlassenen Verordnungen nachzukommen. In dem vorliegenden Fall handelt es sich vorwiegend um kleinere Betriebe und um arme Waldgegenden; daher ist eine sorgfältige Prüfung der Ertragfrage um so notwendiger.

Abg. Bismarck (